

kommen sei, werde man erleben, daß die Welt Deutschlands Zeche noch keineswegs vergessen habe; das sei der ungünstigste Zeitpunkt, solche Dinge anzufassen.

Der Gegenzug am Kabinetttisch kam für Schröder aus unerwarteter Richtung. FDP-Vizekanzler Mende, bisher stets auf Seiten Schröders, zweifelte diesmal dessen Thesen an.

Seit August 1963, sagte Mende, liege den drei Westmächten ein Memorandum der Bundesregierung mit detaillierten Plänen zur Behandlung der deutschen Frage vor. Über ein Jahr lang sei Bonn dafür wegen der englischen und amerikanischen Wahlen um Aufschub gebeten worden. Nun könne man nicht länger Geduld üben.

Schröder erläuterte, warum das Papier vom Sommer 1963 bei den Alliierten wenig Gegenliebe gefunden hat: Weil es nach ihrer Auffassung in den wesentlichen Teilen (Neuaufgabe des Genfer Herter-Plans von 1959) antiquiert sei und keine praktikable Basis für Verhandlungen mit den Sowjets abgebe.

Adenauer-Intimus Heinrich Krone schlug in die gleiche Kerbe wie Erich Mende. Mit dem Altkanzler und dem CDU/CSU-Fraktionschef Barzel hegt Krone die Befürchtung, bei Tatenlosigkeiten der Regierung drohe in den Bundestagswahlen an der Wiedervereinigungsfront ein SPD-Einbruch.

Außer von FDP-Mende sah Krone sich unterstützt von den CDU-Kollegen Lücke, Heck, Blank und Seebohm. Auch CSU-Stücklen schloß sich an.

In die Gruppe Schröder reihten sich im Laufe der nächsten Sitzungsstunde neben Lemmer die CDU-Minister Schwarz, Schmücker und CSU-Dollinger ein, mit den anderen beiden CSU-Bayern Höcherl und Niederalt als stille Reserve. Auf einige bewährte Bundesgenossen mußte der Außenminister verzichten: Hassel und FDP-Bucher waren auf Reisen, FDP-Dahlgrün und FDP-Lenz hatten sich krank gemeldet.

Der fünfte Freidemokrat im Bonner Kabinetttisch ging ins Lager Krone-Mende über: Entwicklungsminister Scheel — seit dem Münchner FDP-Parteitag 1963 als „FDP-Gaullist“ apostrophiert. Er beklagte, durch allzu einseitiges Festlegen auf US-Kurs im vergangenen Jahr sei Bonn nun auch beim Wiedervereinigungsspiel die französische Karte aus der Hand geraten.

Gar nicht höflich getarnt war die Abfuhr, die Gerhard Schröder zu spüren bekam, als das Kabinetttisch seine Sitzung kurz nach elf Uhr unterbrach, um Konrad Adenauer in der Bonner Beethoven-Halle zum 89. Geburtstag zu gratulieren (siehe Seite 22).

Minutenlang ließ der Altkanzler seinen einstigen Musterschüler, der in der Gratulantenschlange an der Reihe war, unbeachtet stehen und plauschte ungerührt mit Kardinal Frings. Eine Unmutsfalte grub sich in des Ministers Stirn. Dann griff er von sich aus nach der Hand des strengen Jubilars und sagte verkniffen seinen Spruch.

Von der Geburtstagsfeier in den Kabinettsaal des Palais Schaumburg zurückgekehrt, wagte sich Kanzler Erhard ins Florettgefecht seiner Minister: Man müsse aus Fehlern lernen und bestrebt sein, die Franzosen künftig freundlicher anzufassen; bei „allem Tun und Wollen“ sei auch daran zu denken: „Wie wirkt das in Paris?“

FARAH DIBA

Schwer verletzt

Der platte Jux bestand aus einem Satz von zwölf Wörtern. Sie genügten, um eine Kluft zwischen Morgen- und Abendland aufzureißen. Bundespräsident Lübke tat am Silvesterabend auf dem Fernsehschirm der Nation kund, ein Journalist habe — mit diesem einzigen Satz — ein befreundetes Staatsoberhaupt „auf unerhörte Weise herabgesetzt“.

Lübke: „Der Angegriffene hat mich wissen lassen, daß er sich auf das tiefste verletzt und beleidigt fühle. Er fordere den Schutz unseres Staates.“

Der Angegriffene war Mohammed Resa Pahlewi, Schah von Iran, Ex-Gatte von Soraya, jetzt Ehemann von Farah Diba. Er fühlte sich durch eine Veröffentlichung des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 5. Dezember letzten Jahres so verunglimpft, daß er die „bisherigen



Bild-Vorlage der „Stadt-Anzeiger“-Satire „Einer sagt's dem andern“

freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Bonn und Teheran gefährdet sah.

Das Blatt hatte auf der Unterhaltungsseite in der satirischen Folge „Menschen dieser Zeit“ ein Photo veröffentlicht, das den Schah mit Ex-König Saud zeigte. Die einzige Bildverfremdung: Haremsbesitzer Saud hielt in seiner Rechten — in das Photo hineingezeichnet — einen Paken Tausender-Banknoten. Bildunterschrift: „Also gut, gib mir die 30 000, und du kannst Farah Diba haben!“

Persiens Bonner Botschafter Adralan protestierte noch am Erscheinungstag, als er Bundespräsident Lübke bei der Diplomaten-Jagd in Oelde traf. Und das deutsche Staatsoberhaupt sah die Ehre des persischen Monarchen und dessen Gattin durch den Scherz „schwer verletzt“. Er beschwerte sich beim Deutschen Presserat, der Selbstkontrollinstanz der deutschen Presse.

Vergeblich bemühte sich der „Kölner Stadt-Anzeiger“, der die satirische Serie sofort abbrach, um Wiedergutmachung. Unter der Überschrift „Wir bedauern“ beteuerten Herausgeber und Chefredaktion, jede Beleidigung des Kaiserpaars habe ihnen ferngelegen.

Später sandte „Stadt-Anzeiger“-Verleger Dr. Kurt Neven Du-Mont dem Schah einen Entschuldigungsbrief, erklärte sich bereit, persönlich in Teheran das Bedauern seines Blattes zu erneuern, und überlegte außerdem, einen 20 000-Mark-Scheck für gute Zwecke auszustellen.

Aber der Presseattaché der Iran-Botschaft in Köln, Dr. Ahmad Schaflyha, schrieb dem Presserat: „Wenn die deutsche Bundesregierung Wert darauf legt, diese Beziehungen mit der kaiserlich-iranischen Regierung und dem iranischen Volke weiter zu pflegen“, dann müßte nicht nur bestraft, sondern „durch Beseitigung von Zentren der Intrigen und Subversion gegen den Iran in der Bundesrepublik“ eine Wiederholung solcher Fälle „für alle Zukunft“ unmöglich gemacht werden.

In einer Verbalnote an das Auswärtige Amt verlangte der persische Hof eine Bestrafung der Übeltäter. Paragraph 103 des Strafgesetzbuchs, der einen besonderen Ehrenschatz für ausländische Staatsmänner schafft, bedroht die Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes mit Gefängnis bis zu drei Jahren (das Strafmaß bei einfacher Beleidigung: Geldstrafe, Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahr).

Am 31. Dezember erteilten Außen- und Justizminister in Bonn der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zur Strafverfolgung. Davon erfuhr die Öffentlichkeit erst am vergangenen Mittwoch, als der Bundespräsident seinen Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps gab. Lübke dankte der Bundesregierung, daß sie „in dieser Sache“ tätig geworden sei. Der Bundespräsident versicherte, Staatsoberhäupter unterhielten sich über solche Dinge sehr eingehend: „Einer sagt's dem andern.“

Der Spaßmacher, der diesmal solchen Gesprächsstoff geliefert hatte, war der Zeichner und Glossenschreiber Harald Rolf Sattler, 25, der gelegentlich auch die satirische Monatsschrift „Pardon“ mit Bildverfremdungen beliefert. Exemplarisch für seinen Stil ist — im Januar-„Pardon“-Heft — ein Photo, das Bundeswehrosoldaten beim Ausschachten einer Grube zeigt. Wortblase vor dem Mund des inspizierenden Offiziers: „Gute Arbeit, Jungs! Aber den nächsten, der sich beschwert, möchte ich vorher sehen!“

Der staatenlose Satiriker, Inhaber eines österreichischen Fremdenpasses, ist der Persischen Botschaft verdächtig, Beziehungen zum ägyptischen Geheimdienst zu haben. Ein Sprecher der Persischen Botschaft behauptete außerdem, es sei „ganz sicher“, daß Sattler enge Beziehungen zu Bonner Vertretern der in Persien verbotenen Tudeh-Partei habe.

Der Scherzbold, dessen Mitarbeiterverhältnis wegen des Kaiser-Manövers vom „Stadt-Anzeiger“ aufgekündigt wurde, bekam am vergangenen Donnerstag Besuch von der Kriminalpolizei. Drei Beamte durchsuchten zwei Stunden lang seine Junggesellenwohnung in Köln und nahmen eine Leibbesuchung vor.

Als einziges Beweisstück beschlagnahmten die Kriminalisten ein dpa-Photo, das de Gaulle und Adenauer in Begleitung eines deutschen Kriminalbeamten zeigt. Eine Wortblase legt de Gaulle den Spruch in den Mund: „Vor-

sicht, Konrad, hinter dir geht ein Spitzel von Schröder.“

Am letzten Freitag fragte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ unter der Überschrift „Der Fall des Bundespräsidenten“, ob Heinrich Lübke nicht „die Verwirrung und den Schaden vergrößert“ habe, wenn er „mit allem Eklat“ den Fall forciere, „an dessen geräuschvoller Behandlung — wohl außer ihm — niemand interessiert“ sei. Das Blatt glaubte, seine „Bedenken gegen das diplomatische Geschick“ Heinrich Lübkes „bestätigt zu sehen“.

Wegen der „großen Bedeutung“ des Farah-Diba-Falles soll nach Mitteilung der Kölner Justizpressestelle Anklage vor der Großen Strafkammer erhoben werden. Ermittelt wird gegen den Chefredakteur „und andere“.

OSTHANDEL

Rohre für Rußland

Drei Ruhrmanager hoffen am Mittwoch nächster Woche in Bonn eine Handelsbarriere wegzuräumen, die Konrad Adenauer im letzten Jahr seines Regiments errichtet hatte: das Verbot, westdeutsche Großrohre an die Sowjet-Union zu liefern.

Die Direktoren Egon Overbeck (Manesmann), Willy Ochel (Hoesch) und Ernst Wolf Mommsen (Phoenix-Rohr), die sich für den 20. Januar bei Ludwig Erhards Kanzleiminister Ludger Westrick angesagt haben, führen seit mehr als zwei Jahren mit Bonn einen ständigen Kleinkrieg wegen der Adenauer-Verordnung. Sie hatte es ihnen unmöglich gemacht, einen Ver-

unfähig. Adenauer: „Das hat gut gegangen.“

Es ging auch weiter gut. Zwar meldeten die Russen bei ihren westdeutschen Kontrahenten prompt Schadenersatzforderungen an, nannten aber bis heute nicht einmal deren Höhe. Überdies verkündete Chruschtschow, er brauche überhaupt keine Röhren mehr aus dem Westen, weil Rußland sie selbst herstellen könne.

Das Stahltrio versuchte zwei Jahre lang, den entgangenen Gewinn von 20 Millionen Mark in Bonn zu kassieren. Die Bundesregierung wehrte sich mit einem Gutachten des Inhalts, es sei durchaus Rechtens gewesen, die Röhrenkontrakte rückwirkend für unwirksam zu erklären. Die Ruhrbosse konterten mit einem Gegengutachten.

Erst seit Ende vergangenen Jahres deutet sich eine Wendung im kalten Röhrenkrieg an. Chruschtschows Nachfolger brachen dessen Autarkie-Gelöbnis und erteilten in den letzten Dezembertagen dem schwedischen Stahlkonzern Grängesberg einen Auftrag über 50 000 Tonnen Großrohre. Westdeutschen Kontaktmännern bedeuteten die Sowjets, sie seien zu ähnlichen Abschlüssen auch mit der Bundesrepublik wieder bereit.

Gleichzeitig fühlte sich Bonn für ein langjähriges Wohlverhalten in Sachen Osthandel schlecht bedankt, als Washington zwei US-Firmen den Aufbau eines Kunstfaserkombinats in der DDR für 54 Millionen Mark genehmigte. Auch die Franzosen enttäuschten die Bundesregierung, indem sie sich den größten Stand aller westlichen Aussteller für die Leipziger Frühjahrsmesse sicherten und außerdem der So-



Röhrenverkäufer Ochel, Mommsen, Overbeck: Rütteln am Embargo

trag über die Lieferung von 163 000 Tonnen Stahlröhren im Werte von 120 Millionen Mark zu erfüllen.

Anlaß dazu war eine von den USA inspirierte Empfehlung des Pariser Nato-Rats, den freilich nur Westdeutschland, übereifrig wie stets, als verbindlichen Beschluß auffaßte. Willy Ochel damals: „Hier ist nicht zu entscheiden zwischen wirtschaftspolitischen Verpflichtungen und außenpolitischen Verpflichtungen, sondern ... ob ich einen Vertrag erfülle oder nicht ... Wir wünschen, daß man uns nicht zu Lumpen stempelt.“

Im Bundestag stimmte am 18. März 1963 die Mehrheit, 244 Abgeordnete von SPD und FDP, für die Aufhebung des Embargos. Aber 230 Christdemokraten blieben der Abstimmung fern und machten damit das Parlament beschluß-

wjetzone einen rund doppelt so hohen Warenaustausch wie bisher zusagten.

Bonns Washington-Botschafter Karl Heinrich Knappstein führte beim stellvertretenden US-Außenminister George Ball bittere Klage darüber, daß die strikte Embargo-Treue der Westdeutschen nicht honoriert worden sei.

Dieses neue Klima wollen die drei Ruhr-Unterhändler nutzen. Sie sind bereit, auf ihre Forderung von 20 Millionen Mark zu verzichten, wenn ihnen dafür neue Röhrengeschäfte mit der Sowjet-Union erlaubt werden.

Bei Kanzleramts-Minister Westrick glauben sie an der richtigen Stelle zu sein. Westrick hatte vor zwei Jahren, damals noch Staatssekretär in Erhards Ministerium, energisch auf seiten der Röhren-Fabrikanten gefochten.



daß ihre Verwaltungsbauten und Hallen aus Hebel-Gasbeton sind.

Architekten arbeiten gerne mit dem fortschrittlichen Baustoff, weil die statischen, physikalischen und architektonischen Vorteile die Hebel-Gasbeton bietet, beachtlich sind. Übrigens: Hebel-Gasbeton gibt es jetzt in der ganzen Bundesrepublik. Schreiben Sie uns, wenn Sie näheres über diesen praxisbewährten Massiv-Baustoff erfahren wollen, wir schicken Ihnen gerne alles Gewünschte zu.



Steine - Platten - Fertigteile

Gasbetonwerk Josef Hebel GmbH, 8080 Fürstenfeldbruck, Postfach 10

Hebel-Gasbetonwerk Alzenau GmbH, 8755 Alzenau, Postfach 44

Hebel-Gasbeton Stullin GmbH, 8471 Stullin

Hebel-Gasbetonwerk GmbH & Co KG, 4521 Oldenburg/Melle

Bitte senden Sie mir:

Das kostenlose Hebel-Gasbeton-Informationsmaterial.

GUTSCHEIN